Geschrieben von: Lorenz
Donnerstag, den 09. März 2017 um 17:02 Uhr

Das besondere WBNachrichten-Audio zum Städtetag in Hameln

Städtetag-Vize Ulrich Mädge: Schäuble soll die zwölf Milliarden Euro aus dem Flüchtlingsfonds "gefälligst an die Kommunen ausschütten"

{youtube}bdJSLZjKR_k{/youtube} ***Vom Niedersächsischen Städtetag in Hameln berichtet Maximilian***

Donnerstag 9. März 2017 - Hameln (wbn). Zugabe! Frank Klingebiel (CDU), Oberbürgermeister in

Der Städtetags-Vizepräsident forderte Bundesfinanzminister Schäuble in dem WBN-Gespräch dazu auf die mehr als zwölf Milliarden Euro, die ihm noch im Flüchtlingsfonds zur Verfügung stünden, „gefälligst an die Kommunen auszuschütten“, damit diese die Integration nachhaltig betreiben könnten. Die Städte und Gemeinden benötigten das Geld für die Integrationsaufgaben im Zuge des Flüchtlingszustromes. Integration sei zudem eine längerfristige und nachhaltige Aufgabe. Den Kommunen fehle aber auch Geld für Investitionsaufgaben. Die öffentliche Haushalte würden durch die zunehmende Finanzierung im sozialen Bereich immer mehr belastet.

Fortsetzung von Seite 1

Für eine bessere Integration der Flüchtlinge fordern die 123 im Niedersächsischen Städtetag vereinigten Städte und Gemeinden mehr Geld vom Bund und vom Land Niedersachsen.

Es sei wichtig, dass die erwachsenen Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integriert würden. Dafür seien Sprachkurse sowohl für Eltern als auch für Kinder nötig. Diese Sprachkurse sollten für Kinder aus Flüchtlingsfamilien möglichst schon ab dem Kindergartenalter angeboten werden.

Der Mangel an geeigneten Erzierinnen und Erziehern veranlasst den Niedersächsischen Städtetag neue und attraktivere Wege zu gehen bei der Ausbildung von Erziehern und Sozialassistenten. Hierfür fordert die Organisation eine duale Ausbildung aus Arbeit und einem schulischen Teil mit einer gerechten Vergütung in den vorgesehenen drei Ausbildungsjahren. Mit diesem Vorschlag reagieren die Städte und Gemeinden auf den Umstand, dass viele potentielle Bewerberinnen lediglich einen Hauptschul- oder Realschulabschluss vorzuweisen haben und damit nicht über die unmittelbare Voraussetzung für ein Hochschulstudium verfügen.

Das Kultusministerium setze demgegenüber auf die akademische Ausbildung an einer Universität oder Hochschule.

Momentan erhalten die Auszubildenden aus diesem Grund kein Geld für die Dauer ihrer Ausbildung und müssen von Bafög oder von der Unterstützung der Eltern leben. Dies wollen die Kommunen des Städtetages mit Blick auf den auch dadurch verschärften Erzieherinnenmangel zügig ändern.